

und Dachs und Wasser- wie Robinson und lernt und reicher Schnee im fahnen und Stilaufen. haben wertvolle Kennt- werden gelibt, Geschid- nermittelt, auf die eine wenig Gewiss legte. Und inde, frohe, reine, leben-

es. nur Cerean!

atgutes ist sehr wichtig. gefährlichen pfläßen wird. Die Ausfälle. Gerste und der Gersten- nt, auch an die Schäden, pers bei den Weibhaler- en. Gegen beide Krank- eise Cerean, die einzige chen Pflanzenstübenst- am empfohlen ist. Dabei Weizen und Roggen Gerste 150 Gramm und lan genommen werden. das sämtliche Frühjahrs- zur Frühjahrsernteung.

im. achte in Bad Dürheim von Gästen und insge-

und mit Nächstoffen an- Ziel eines jeden Land- pflegen, daneben so viel en, den Boden dauernd n, ihn dann mit Kali orgen, das schafft Gae, in so behandelte Boden g Aufwand an Stidstoff fenhelt. Und genügend en heutigen Schwierigen scheidung für die Men-

220 an einschl. voller Ver- pflegung

Neapel, Sizilien, en und Portugal

22. Juni in Hamburg

W., Drubbel 4

Wegen Erkrankung des seihen lude ich ein gelundnes und brades

Widwen. i. bürgerl. Haush., bei gut. Behandl. Selbstges kann im Kochen angef. werden.

Frau Bräuer. Mäntel i. Weiß. Georgskommende 9.

Auf ein Gut von 350 Morzen mit arößerer Weidewirtschaft wird a. 1. Juni ein kath. Land- wirtslohn als

Glene

gelehrt. Familienan- schluß und Zehnergeb. Offerten unter 179 21 and. Ann.-Exp. C. Ven- del GmbH. Münster.

Gesuche

Landwirtsatdchter

25 J., welche 1 J. die Haus- haltungslehre be- sucht hat und in allen hauslichen Arbeiten er- f. ist, sucht am 1. 4. od. 1. 10. auf einem arößeren Gut Stellung als Stille bei einem Familienan- schluß.

Off. unt. T 18 an die Eilbühnen- Zeitung, Eilbühnen-Verlag.

Sonnar. Schmiedegeselle. 21 Jahre alt, für tot. bei einem tücht. Meister Stellung.

D. Gebermann. Sendebork.

Sonnar. Feilau-Geblise

Sucht sofort Stellung in Herren- u. Damen- Friseur- u. Manik. am 1. ebt. bei tücht. Meister. Gute Bezahlung vorhanden.

Bernh. Bankemeyer. Saltem i. W. L. 10. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Suche i. meinen Sohn. 183. bis jetzt die Schule besucht, für sofort oder später

als Elektriker u. Install. bei einem tüchtigen kath. Meister, wo er im Hause wohnen kann. Zeit kann voll. gestellt werden. Selbstkrit. unt. 1014 postlagernd Stadthelm.

Junger, kräftiger Wehrgeselle 19 J., vom Lande, sucht 1. 10. od. 1. 1. 1931 auf einem Gut Stellung. Gute Bezahlung vorhanden. Verheiratet im Schlad- ten auf demselben Ort. Anrede unt. E 244 an die Anzeigenverwaltung der Zeno. Münster.

## Bocholter - Borkener Volksblatt

Verlagspreis: 2,50 Mk. monatlich.

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

Kreisleit des Stadtteiles Bocholt

## Bocholter - Borkener Volksblatt

# Volksblatt

Nummer 77

Mittwoch, den 18. März 1931

Jahrgang 1931

### Tagesfragen.

#### Noch eine bischöfliche Erklärung.

Gegen die verschiede- denen Kundgebungen des deutschen Episto- pats glauben die Nationalsozialisten jekt den Dreh gefunden zu haben, und zwar in einer Erklärung des bischöflichen Ordinariats von Berlin. Ein katholischer Nationalsozialist hatte das bischöfliche Ordinariat um Beantwortung folgender Fragen gebeten: 1. Bin ich als überzeugter katholischer Nationalsozialist noch berechtigt, die heiligen Sakramente zu empfangen? 2. Ist es einem Katholiken verboten, Mitglied der NSDAP zu sein? Darauf ging dem Fragesteller, wie die nationalsozialistische Presse mitteilt, folgendes Schreiben des bischöflichen Ordinariats zu:

Zu Ihrer Anfrage, ob Sie als katholischer Nationalsozialist noch berechtigt sind, die heiligen Sakramente zu empfangen oder nicht und zweitens ob es einem Katholiken verboten ist, Mitglied der NSDAP zu sein, teilen wir Ihnen im Einvernehmen mit dem hochwürdigen Herrn Bischof folgendes mit: Zu 1. Ja, wenn Sie nicht gemein haben mit den antikatolischen und unchristlichen Ideen und Bestrebungen, die von gewissen nationalsozialistischen Personen, Zeitungen und Zeitschriften vertreten werden; zu Punkt 2. Nein, wenn das Programm der Partei Sie ermächtigt, voll und ganz auf dem Boden der katholischen Lehre und Praxis zu verbleiben.

Aus dieser Antwort folgern die nationalsozia- listischen Blätter, daß ein Katholik Mitglied ihrer Partei sein dürfe. Sie predigen von der „völligen Uneinigkeit der bischöflichen Front“. Sie trium- phieren, „daß wir katholischen Freiheitkämpfer innerhalb der hohen kirchlichen Behörden nicht nur ablehnende Beurteilung, sondern auch Verurteilung und - vielleicht sogar - Freunde haben.“ All dies zeugt dafür, daß die Herren Nationalsozialisten, die diese Deutungsversuche fertigtbringen, entweder zu dumm sind, um die im Auftrag des Bischofs von Berlin gegebene Antwort zu verstehen, oder daß sie sich aus naheliegenden Gründen dummer anstellen, als sie sind. Denn in der Antwort auf die erste Frage liegt doch die feste Verurteilung der nationalsozialistischen Ideen und Bestrebungen, die von den anderen Bischöfen ausgesprochen worden ist, und die Antwort auf die zweite Frage legt eine grundsätzliche Aenderung des nation- alsozialistischen Programms voraus, das nach der eben noch erfolgten Feststellung des Oberhirten der Baderbörner Kirchenprovinz nament- lich im Paragraphen 24 im offenen Gegensatz zur katholischen Religion steht. Was bleibt aber von dem Programm der NSDAP, noch anderes als von anderen Parteien Entleertes übrig, wenn all das herausgerissen wird, was notwendig ist, um es einem überzeugten Katholiken zu ermöglichen, als National- sozialist noch voll und ganz auf dem Boden der katholischen Lehre und Praxis zu verbleiben? Was muß das für ein merkwürdiger Nationalsozialist sein, der mit dem Nationalismus und dem Rassenfanatismus Hilters, Rosenbergs und der übrigen nationalsozia- listischen Führer nichts gemein haben will? Denn Nationalismus und Rassenfanatismus sind doch gerade die vor allem gepflegten Besonderheiten des Natio- nalsozialismus. Sie aber haben von kirchlicher Seite die schärfste Verurteilung erfahren und zur Warnung vor dieser Partei geführt. Mit keinem Worte wider- spricht der Bischof von Berlin dieser Warnung. Ganz im Gegenteil bekräftigt die Bedingungen, die an sein Mein und sein Ja geknüpft sind, daß er mit allen anderen Bischöfen einer Meinung ist, daß auch er in dem Patentkreuz nichts anderes sieht als ein Kampfschild gegen Christi Kreuz. Keiner der Bischöfe hat freilich, wie wir schon geltend betont haben, kirchliche Lehren verflucht. Solche aufzu- stellen ist nicht Sache eines Bischofs. Aber ihre ober- hängenden Warnungen befehlen für den Katholiken genug, für den es noch Gebot ist, die Kirche zu hören.

Ein eingekammertes Aufzeichen gab im Verichte unseres Verichts- ersalters über den am Sonntag in Paris ausgetragenen Fußball-Länder- Kampf dem Erstaunen Ausdruck, daß die deutsche Elf im Stadion von Colombes nicht nach faitem Sport- brauch mit der deutschen Nationalhymne, sondern mit einer Marschmelodie begrüßt wurde, deren deutscher Charakter zwar deutlich erkennbar war, die aber eben doch nicht die Melodie war, die 10 000 Deutschen, die mit den 60 000 Franzosen das Rund um das große Oval füllten, erwartet hatten. Man hat inzwischen die näheren Einzelheiten erfahren, die den Kommentar zu jenem Aufzeichen liefern. Auch Zeit- artikel sind schon darüber geschrieben worden. Wir wollen uns kurz fassen. Es handelte sich um Laut- sprecherübertragung von einer Schall- platte, um die die deutsche Mannschaft von französischer Seite gebeten worden war. Die Mannschaft sah den Fußball-Länderkampf mehrwöchigerweise als eine private Veranstaltung an, die sie ansehend nichts weiter anging; daher hatte bei ihr die Frage, ob auch in diesem Falle das Deutschlandlied gespielt würde oder ob sich sonst für sie eine besondere Aufgabe ergäbe, keine Gedanken verursacht, und so lieferte sie denn für das Stadion eine Potpourri-Platte, die zwar mit einigen Takteln der Nationalhymne begann, dann aber in das Preussienlied und andere Marschweisen überging. Für die Deutschen war das peinlich. Es

#### Die falsche Schallplatte.

lag natürlich nahe, darin eine französische Absicht, einen französischen Affront zu setzen, zumal die Ein- gangskarte im Lärm der 60 000 Zuschauer nicht so durchdrangen, daß man sie überall verstehen konnte. Daß die Schuld an der falschen Platte nun ausgerechnet bei der deutschen Mannschaft lag, konnte keiner ahnen. Mit einem Witzton begann also der große Wett- kampf. Dann kam noch Münzbergers Schuß ins eigene Tor und auch noch, daß nichts gelang, um diesen Unglücksfall wieder wettzumachen. Nach, Nach! Die Franzosen aber waren, wenn man ihnen nicht ihr gutes Spiel vormerken will, unschuldig am deutschen Mißgeschick. Der Vorfall mit der falschen Schallplatte muß immerhin für künftige Fälle zur Lehre dienen. Es geht nicht an, solche großen sportlichen Ereignisse, wie einen Fußball-Länderkampf, an dem nicht nur Zehntausende von Zuschauern, sondern auch damit dem Stande der Fernübertragungsstechnik in beiden be- teiligten Ländern Millionen der Bevölkerung Anteil nehmen, als private Veranstaltungen anzusehen. Da muß nicht nur die deutsche Sportbehörde sich um die Wahrung der nationalen Belange kümmern, sondern auch die deutsche Volkspartei oder Gefandtschaft in dem betreffenden Lande. Der Etat des Auswärtigen Amtes ist im übrigen trotz verschiedener Absprüche noch nicht so knapp bemessen, daß sich nicht die hundert Mark erübrigen ließen, um schleunigst jeder deutschen Aus- landsvertretung eine Schallplatte mit dem Deutschland- lied zu liefern. Militärische Potpourris mögen ganz

## Gegen die Verwilderung des politischen Meinungskampfes.

### Statt Gefängnis Zuchthaus.

Von unserer Berliner Redaktion.

.. Berlin, 17. März. (Drahtb.)

Bei der Reichsregierung besteht der Wunsch, möglichst bald die gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen, die am Montag im Reichstagsplenum durch Annahme des Beschlusses gefordert wurden, strengere Bestimmun- gen über den Handel mit Waffen und Wap- nition und schärfere Bekämpfung der Auf- forderung zum politischen Mord zu erlassen. Zur Prüfung der juristischen Möglichkeiten hat am Dienstag im Reichsjustizministerium bereits eine Vor- besprechung stattgefunden. Es wird daran gedacht, so- wohl den § 49a des Strafgesetzbuches, der die Auffor- derung zum Mord oder Totschlag mit Gefängnis bestraft, dahin abzuändern, daß, wer öffentlich zur Tö- tung auffordert, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Weiterhin verlaute, daß auf eine Verschärfung der Bestimmung des Repu- blikstrafgesetzbuches vorzuehen ist, die eine Gefäng- nisstrafe vorseht, wenn jemand öffentlich oder in Ver- sammlungen zu Gewalttätigkeiten auffor- dert. Anstelle von Gefängnisstrafe soll Zuchthaus- strafe treten. Ferner wird auch daran gedacht, die Bestimmungen für das Waffentragen praxisföher zu ge- stalten.

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß eine Verschärfung der Bestimmungen über den Waffenhandel praktisch von keiner großen Bedeutung sein wird, denn

die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, daß keine gesetzlichen Bestimmungen imstande sind, den illegalen Waffenhandel zu unterbin- den. Die Nationalsozialisten und Kommunisten werden immer wieder ein Hinterlücken finden, wenn sie sich Schußwaffen verschaffen wollen. Würden die Bestimmun- gen verschärft, so würde vielleicht ein nichtgewollter Er- folg infolgedessen eintreten, als die radikalen Elemente trotz- dem in den Besitz von Waffen gelangen könnten, wäh- rend die anständigen Menschen, die sich lediglich eine Waffe zur Abwehr regelrecht kaufen wollen, nicht mehr dazu imstande wären. Wesentlich mehr Aussicht auf praktische Aenderung bietet die Forderung, die Aufrei- zung zum Mord in weitestgehendem Maße unmöglich zu machen.

Die Konferenz der Innenminister der größeren Länder, die am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Wirth stattfindet, wird sich mit all diesen Fragen befassen. Zunächst war diese Konferenz einberufen, um über eine wirksame Ab- wehr gegen die Gottlosenpropaganda zu beraten. Da jetzt die Mordbeuge erneut Opfer gefordert hat, wird, wie mit Bestimmtheit verlaute, sich die Konferenz des Innen- ministers auch mit den neuen Maßnahmen zur Bekämpfung des Radikalismus befassen. Allerdings ist nicht zu er- warten, daß bereits endgültige Beschlüsse gefaßt werden. Die ganze Materie ist sehr schwierig. Es wird noch längerer Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern bedürfen, um zu einer völlig einheitlichen Meinung über Einzelheiten zu gelangen, obwohl im Grundlag keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

## Die Genfer Zoll-Friedensverhandlungen gescheitert.

### Durch Englands und Frankreichs Schuld.

— Genf, 17. März.

Die Verhandlungen der auf der Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes versammelten europäischen Regierungen über die Genfer Handelskonvention vom 24. März 1930 sind gescheitert. Die Wirtschaftskonferenz hat in ihrer heutigen Nachmittagsitzung festgestellt, daß die Konvention nicht in Kraft gesetzt werden kann. Die Konvention sah vor, daß während einer bestimmten Zeit die bestehenden Handelsverträge nicht gekündigt werden dürfen und daß sich die vertragstheiligen Staaten zu einer gewissen Uebereinstimmung ihrer Handelspolitik verpflichten. Mit dem Scheitern der Handelskonvention haben auch diejenigen Staaten ihre Handels- freiheit wiedererlangt, die, wie Deutsch- land, die Handelskonvention ratifiziert haben.

Die entscheidende Wendung wurde durch den Einspruch Englands gegen die Inkraftsetzung der Konvention herbeigeführt. Auf Anfrage des Präsidenten Colijn erklärten darauf die Vertreter der Staaten, die das Ab- kommen bereits ratifiziert haben, daß sie keine Möglichkeit sähen, die Konvention in Kraft zu setzen. Die Entscheidung der Konferenz kann nach die- siger Auffassung zur Folge haben, daß nunmehr in den Handelsbeziehungen der europäischen Staaten ein Zu- stand der Unsicherheit eintritt.

Auf Vorschlag des schweizerischen Regierungs- vertreters wurde beschloffen, ein Protokoll anzunehmen, das folgende Punkte enthält: 1. Die europäische Zoll- waffenstillstandskonferenz stellt fest, daß eine Einigung über das Inkrafttreten des Handelsabkommens zum 1. April ds. Js. nicht möglich gewesen ist. 2. Die Frage, ob zu einem späteren Zeitpunkt die europäische Konferenz über das Inkrafttreten des Abkommens zu- sammentreten soll, bleibt offen. Dieses Protokoll soll in der Mittwochs-Vormittagsitzung der Konferenz von den ratifizierenden Mächten angenommen werden. Ferner wird eine Entscheidung über die Ratifizierung des Ab- kommens durch die Regierungen noch nicht vorliegt und Deutschland daher offiziell noch nicht als ratifizierende Macht gilt.

Es muß jetzt festgestellt werden, daß die Verantwor- tung für das Scheitern des Handelsabkommens aus- schließlich bei der englischen und französischen Regierung liegt, da die französische Regierung ihrer- seits keinerlei bindende Verpflichtung hinsichtlich der Ratifizierung des Abkommens durch Frankreich über- nehmen wollte. Ferner hat die englische Regierung die Vermittlungsvorschläge Deutschlands, Italiens und Hollands, die eine wenn auch bedingte Inkraftsetzung des Abkommens zum 1. April möglich gemacht hätten, abgelehnt.

schön sein; die Platte mit der Nationalhymne aber muß man nach dem Pariser Erlebnis doch als zum notwendigen Inventar der Gefandtschaften und Volksparteien gehörig erklären.

## Bomben-Explosionen in Belgrad.

### Gefährliche Demonstrationen.

Belgrad, 17. März. Vor dem im Bau befindlichen Gebäude des Mini- steriums für öffentliche Arbeiten ereignete sich am Dienstag früh gegen 5 Uhr eine Explosion. Nach- forschungen ergaben, daß ein Paket mit Spreng- stoffen auf einen Haufen von Baumaterialien gelegt worden war, das dort aus unaufgeklärter Ursache explo- dierte. Etwa 200 m davon wurde ein weiteres Paket mit Sprengstoffen aufgefunden, das unversehrt war. Den Ermittlungen der Polizei gelang es ferner, in einer Entfernung von weiteren 100 Metern ein drittes Paket mit Sprengstoffen zu finden, das einem Sachverständigen, dem Major Relakowit, zur Untersuchung vorgelegt wurde. Dabei explodierte der Sprengstoff, so daß der Major schwere Verletzungen erlitt. Bei dem dritten Paket wurde auch die Ladung aufgefunden, mit

## Anhalt-Melburger Zeitung

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

Schlichte Kellerei

nach heftigem Kampfe mit der Polizei unschädlich gemacht wurde. Die Mitglieder dieser Bande wurden danach teils handrechtlich erschossen, teils fielen sie im Straßenkampf. Man hatte in La Plata in einem bei einer Expeditionstoma hinterlegten Koffer Explosionsstoffe und Zubehörteile zur Fabrikation von Bomben

gefunden, die mit den Resten übereinstimmen, die bei der jehigen Bombenexplosion übriggeblieben sind. Vermutlich war kein Anschlag auf den Prinzen von Wales geplant, sondern ein Anschlag auf irgendein öffentliches Gebäude.

## Mißtrauensanträge gegen Curtius und Stegerwald abgelehnt.

Wieder einmal ein sozialdemokratischer Kinderspeisungsantrag. — Etat des Reichsarbeitsministeriums und des Auswärtigen Amtes genehmigt.

### Abermals sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheitsbeschlüsse.

Berlin, 17. März.

Der Reichstag führte heute die Aussprache über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zu Ende. Von den Sozialdemokraten ging dazu noch ein Antrag ein, der bekannte Erinnerungsanspruch. Er forderte für Zwecke der Kinderspeisung drei Millionen Mark und ließ die Deduktion aus der Erhöhung der Aufwandssteuer vor. Es zeugt von großem Optimismus, daß sich die Sozialdemokraten von ihrem Forderungsentwurf drei Millionen Mark versprechen. Die Abstimmung wurde zurückgestellt.

Es folgte die

zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes;

verbunden wurde damit die Beratung zahlreicher internationaler Abkommen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Curtius eingebracht. In einem weiteren kommunistischen Antrag wurde vom Reichstage gefordert, daß die Erklärung des Reichsaussenministers, die eine koloniale Wiederbetätigung Deutschlands „verlangt“.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hob zunächst hervor, daß er zur Außenpolitik selbst heute nicht mehr sprechen wolle, da es sich in der jetzigen Aussprache nur noch um den Haushalt selbst handle. Im Haushalt des Auswärtigen Amtes seien erhebliche Einsparungen zu erkennen. Der Zuschußbedarf sei von 63 Millionen im Jahre 1927 auf 56 Millionen im Jahre 1930 gesunken und betrage im Haushalt für 1931 nur noch 52 Millionen. Mit der Ausgabenminderung gehe ein dauernder Abbau des Personals und eine Umorganisation des Auswärtigen Amtes Hand in Hand. Der Personalbestand des Auswärtigen Amtes habe sich seit 1923 um die Hälfte gesenkt. Es würden dort 3.688 Personen beschäftigt, also nur 100 Köpfe mehr als 1914. Diese Vermehrung sei angesichts der ungeheuren Arbeitsbelastung infolge der Ausdehnung des Aufgabenbereiches des Auswärtigen Amtes durchaus zu rechtfertigen und von einer Verkleinerung könne keine Rede sein. Damit solle aber nicht gesagt werden, daß man schon am Abschluß des Abbaues angelangt sei. Das Schlagwort von der Überbelastung der deutschen Missionen im Ausland sei nicht berechtigt. Immerhin werde auch auf diesem Gebiet weiter an einer Verbesserung der Organisation gearbeitet. Die im vorigen Jahre gegen die Verwaltung des Auswärtigen Amtes erhobenen Vorwürfe hätten sich bei genauer Nachprüfung als stark übertrieben herausgestellt.

Der Zentrumssabg. Dr. Schreier wünschte eine Durchdringung der Arbeit der deutschen Missionen im Ausland mit dem Geist der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik, wobei jeder Beamte dieser Missionen auch als Exponent der deutschen Wirtschaft im Ausland gelten könne. Die Wirtschaftsabteilung müsse vereinfacht werden, wie überhaupt die Organisation des Auswärtigen Amtes. In seinen Vortragsentwürfen habe das Auswärtige Amt nicht immer eine glückliche Hand bewiesen. Wir erwarten, daß es mit fester Hand eingreifen wird, um solchen Unzulänglichkeiten, wie wir sie in letzter Zeit aus seinem Amtsbereich erfahren haben, ein Ende zu machen. In der Setzung der deutschen Missionen im Ausland darf nicht nachgelassen werden. Mehr als bisher muß dem Ausland gezeigt werden, welche Mutterleistungen Deutschland mit seinen Gesetzen für die bürgerliche und politische Minderheit in Deutschland aufzuweisen hat. Die Auslandsschulen müssen verbessert, und es muß darauf gehalten werden, daß sie auch von den deutschen Hochschülern besucht werden.

Der kommunistische Abgeordnete Stöcker flammte sich nicht um die Vereinfachung der Regierungsparteien, mit Rücksicht auf die erst vor vier Wochen gegebene außenpolitische Aussprache, jetzt nur über die reinen Verwaltungsfragen zu reden. Er orakelte vor allem über Sommersprossen und ging auf die kühnen außenpolitischen Fragen ein. Angriffe, die er gegen das Zentrum richtete, veranlaßten den Zentrumssabg. Dr. Soos zu der Erklärung, daß seine Verhandlungen mit französischen Politikern nicht nur dem Zweck verfolgt und auch erreicht hätten, in diesen französischen-nationalistischen Kreisen größeres Verständnis für die Not der deutschen Völker zu wecken.

Zu einer von der Wirtschaftspartei eingebrachten Entschließung, daß alle Gelegenheiten ausgenutzt werden sollen, Copen-Malmby auf friedliche Weise wieder mit dem Reich zu vereinigen, erklärte Soos: Die Entschließung enthält ein richtiges Ziel, aber auf fastigem Wege. Copen-Malmby ist eine Frage, an die man immer denken, über die man aber nicht in dieser Weise diskutieren soll.

Der Volksparteiler Dr. Schnee widerspricht auf Grund seiner eigenen jahrelangen Erfahrungen in den

deutschen Kolonien der Ansicht, daß die Kolonialisierung einen Rückschritt in die Barbarei bedeute. Derartige Anschauungen seien Traumbilder internationaler Kommunisten. Im Gegenteil dränge die Kolonisierung die ursprünglich vorhandene Barbarei der Eingeborenen völler zurück. Die europäischen Kolonialmächten hätten nicht kapitalistische Ausbeutung gegen die Eingeborenen betrieben, sondern diesen erst die Grundlage für eine friedliche und wirtschaftliche Existenz geschaffen. (Widerpruch bei den Kommunisten.) Wer dem widerstrebe, habe von den Dingen keine Ahnung. (Heftige Zwischenrufe von den Kommunisten.) — Abg. Hedert (Komm.) forderte für einen Ruf zur Ordnung gerufen wurde und darauf dem Präsidenten erwiderte: „Ich danke Ihnen, Herr Präsident!“ wurde aus dem Saal gewiesen. Der Redner betonte abschließend, daß nach seiner festen Überzeugung Deutschland seinen Anteil seiner Kolonialbetätigung der Kulturbörse wieder erhalten werde, weil das eine Selbstverständlichkeit sei.

Die nächsten Redner waren der Jungdeutsche und Kolonialnationalist Abel und der Staatsparteiliche Dr. Reinhold, der ehemalige Reichsfinanzminister trübten Abendens. Dann kam der Sozialdemokrat an die Reihe. Er bekräftigte die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes und erklärte, daß die Sozialdemokraten dem von der Wirtschaftspartei eingebrachten Antrag auf Bestimmungen zum Abbau von Copen-Malmby zustimmen würden, obwohl sie ihn nicht für zweckmäßig hielten. In der Frage des Bangerkreuzerbaues habe die sozialdemokratische Fraktion einen Beschluß zunächst noch nicht gefaßt. (Zurufe des Abg. Torgler (Komm.): „Das erfolgt auf Götters!“) Man könne gegen den Bangerkreuzer B alle möglichen Argumente anführen, aber kein Größeres könne behaupten, daß sein Bau als Aufzucht zu betrachten sei.

Nach weiterer Debatte wurde der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt. — Abgelehnt wurde auch der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Erklärung des Außenministers über eine koloniale Wiederbetätigung Deutschlands. Der Haushalt des Auswärtigen Amtes und die dazu vom Ausschuss vorgelegten Entschlüsse wurden angenommen, ebenfalls der Antrag des Copen-Malmby und — in zweiter und dritter Beratung auch die mit dem auswärtigen Amt in der Beratung verbundenen internationalen Verträge.

Es folgten die vorher zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. In namentlicher Abstimmung wurde der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister Stegerwald mit 301 gegen 54 kommunistische Stimmen abgelehnt. Angenommen wurden die Ausschüßentwürfe, darunter auch die, die die reichsgesetzliche Vorläufige der 40 Stunden Arbeitswoche verlangt. Die meisten dieser Entschlüsse wurden mit der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Mehrheit gegen die bürgerlichen Parteien zur Annahme gebracht.

Vor der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der drei Millionen für Kinderspeisung forderte, wurde von der Volkspartei Dr. Cremer eingewandt, daß es sich hier um einen Finanzantrag handle, auf den die neue Gesetzgebungsbestimmung zutraf. Wenn zur Deckung auf die Aufwandssteuer verwiesen werde, so könne das nicht durchschlagen, denn diese Steuer sei noch nicht beschlossene.

Präsident Loebe erklärte, die Auslegung der neuen Gesetzgebungsbestimmung sei noch nicht fertig. Eine Klärung müsse bis zur dritten Lesung herbeigeführt werden.

Der Kommunist Torgler wies darauf hin, daß beim Wirtschaftsamt ohne Deduktion ein Antrag der Volkspartei auf Subventionierung des Lahn-Siegbachbaues angenommen worden sei.

Ein volksparteilicher Antrag auf Zurückstellung des sozialdemokratischen Antrages, bis zur dritten Lesung wurde im Himmelsprung mit 178 sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen gegen 150 Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dann wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis der sozialdemokratische Antrag selbst angenommen.

Nach Bewilligung des Arbeitssetats in zweiter Lesung wurde in zweiter und dritter Lesung der deutschösterreichische Vertrag über Sozialversicherung angenommen. — Angenommen wurde weiter eine Entschließung des sozialpolitischen Ausschusses, die eine strenge Unterordnung der Klagen des Bergwerkskundes der Grube Schweißer-Relève forderte. — Nach einem weiter zur Annahme gelangten sozialdemokratischen Antrag soll den Beamten- und Bediensteten der öffentlichen Verwaltungen ein Grundgesetz der öffentlichen Verwaltungen, mit Ausnahme wissenschaftlicher, literarischer und künstlerischer Betätigung. Damit war der Arbeitssatz erledigt.

auch dem Gegner gegenüber Gerechtigkeit zu üben bereit ist. Dann könnte das Zeitalter der politischen Unzulänglichkeit genau so überwinden werden wie wir aus der religiösen Unzulänglichkeit des 17. Jahrhunderts herausgewichen sind. Minister Boelli habe zu Recht mit Zugehörigkeit von Schülern von Staats- und Privatschulen nicht dulden können. Diesem Gesichtspunkt aus die heutigen Anordnungen zu Grunde. Vor allem diejenigen, die sich gegen die nationalpolitische Betätigung der Schüler wenden. Vielleicht könne man den wahlmündigen Schülern gestatten, an Wahlversammlungen teilzunehmen.

Zu der großen Anfrage der Sozialdemokraten über das Verhältnis von Politik und Hochschule führte der Minister u. a. aus, daß es immer nur kleine Gruppen von Studenten waren, die gehegt, gelärmt und sich unqualifizierbar rüben genommen hätten. Die große Masse der Studenten sei ohne Zweifel innerlich fern und uninteressiert. Eine Minderheit innerlich fern und uninteressiert. Eine Minderheit innerlich fern und uninteressiert. Eine Minderheit innerlich fern und uninteressiert.

Bei den bekannten Ausschreitungen handle es sich also nicht um den Ausbruch typischer Gesinnung der Gesamtschüler. Wenn es sich bei den Ausschreitungen nur um bloßen Uberschwang handle, wäre er der beste der Jugend das verflümmern wolle. Sowohl der Politikminister wie der empfinden tiefe Besorgnis über das Verhalten der deutschen Wissenschaft dem Ausland das Gesicht geben, daß der Gummieingestrichen werden müsse. Kein Staat könne aber das Bedürfnis für die Zukunft so weit treiben, daß er die Schüler ruhig lassen lasse. Gegen solche Verläufe, das akademische Leben zu ruinieren und die Freiheit der Forschung zu untergraben, wenn es nottue, wiederum mit Mitteln der Polizei, die dann auch nicht halt machen dürfte vor dem angeblichen Hausrecht der Hochschule, das es nicht gebe. Die größte Gefahr für unsere Universitäten sei, daß heute noch nicht jeder

Professor sehe, daß jetzt der Staat die Polizei einlegen müsse, um die Idee der Universität zu schützen. Geht, so schloß der Minister, die Idee der Universität zu Leide, dann stirbt auch die Idee der freien Forschung ab. Wir sollten uns, gleichgültig, wo wir politisch stehen, mit den Hochschülern und dem besten Teil der akademischen Jugend in eine Front einreihen, um zu erreichen, daß unsere Hochschulen wieder inmitten der politischen Verwilderung eine Insel der Wissenschaft und eine Hochburg für die Freiheit der Menschen von Kluft und von der Last des Vorurteils werden. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Dr. Lauscher (Z.) hielt den Kommunisten vor, daß sie die kulturellen Utopien Sowjetrusslands in Deutschland durchzuführen wollten. Die Anträge der Kommunisten auf völlige Trennung von Staat und Kirche, Aufhebung des Konfessionsbundes mit Bayern und des Gottesdienstparagrafen zeigten, daß es sich hier um einen Kulturskampf gründe. Ausmachendes handelte. Was anderen Menschen heilig sei, dürfe von der äußersten Linken nicht mit Rot beworfen werden.

Das allgütige Treiben der Freidenkerverbände könne nicht weiter gebildet werden. Leider ließen die unruhigen politischen Verhältnisse eine begründete Hoffnung auf das baldige Zustandekommen eines Beschlusses des Reichstages nicht zu. Obwohl die Verfassung weltliche Schulen und öffentliche Lehrer nicht kenne, seien heute in Preußen vorhanden. Hier müsse endlich Klarheit geschaffen werden.

Abg. Dr. Böllig (D. Rp.) betonte, die einjährige Tätigkeit des Ministers Germe habe im Volke große Ruhe hervorgerufen. Das gelte besonders von dem Abg. auf die Aufhebung der Keiserprüfung und Abbau der neunjährigen höheren Schule. Die größte Beunruhigung habe der Gedanke, das Bildungsprinzip zu brechen und zu diesem Zweck die höhere Schule zu zerstören, erregt.

Man solle der Schule endlich die Ruhe geben, ohne die alle fruchtbare Arbeit unmöglich sei. Hervorragende tüchtige Pädagogen würden aus politischen Gründen zurückgelegt, dagegen leidende Köpfe ohne Rücksicht auf die Zusammenlegung der Bevölkerung in die Hände der Sozialdemokraten gelegt.

## Reichskanzler Dr. Brüning an das deutsche Handwerk.

Erst Ordnung im eigenen Hause, dann Reparationsfrage.

Berlin, 17. März.

Auf der heutigen Obermeistertagung des Berliner und Märktischen Handwerks hielt Reichskanzler Dr. Brüning nach einleitenden Begrüßungsworten des Präsidenten eine Rede, in der er zunächst namens der Reichs- und der preussischen Staatsregierung den Dank für die Einladung zu dieser Tagung aussprach.

Unter dem Hinweis auf die mannigfachen dem Reichstag 3. vorliegenden Aufgaben betonte Dr. Brüning die Wichtigkeit einer rechtzeitigen Verabschiedung aller vorliegenden Gesetze, damit die Unfähigkeit, die seit langer Zeit über dem deutschen Volke geschwebt habe, wieder beseitigt werde. Solange die Vertrauenskrise andauern würde, die nicht nur erst ein Jahr alt sei, solange nicht das deutsche Volk und auch das Ausland das feste Vertrauen hätten, daß Reichsregierung, Staatsregierung und Parlamente sich leicht in ihrer Betätigung die notwendigen Schranken auferlegen und bei allen ihren Beschlüssen an eine weitere Zukunft denken würden, solange könne keine Stabilisierung der Wirtschaft herbeigeführt werden, an der doch das deutsche Volk so lebhaften Anteil habe, wie das deutsche Handwerk.

Rein Stand, so fuhr Dr. Brüning fort, sei so bedeutungsvoll als Mittel zwischen den extremen Gegenlägen als der deutsche Handwerksmeister. Das Handwerk habe auch ein Recht darauf, daß die Gesetzgebung im Reich und Ländern sowohl auf die politische Tätigkeit auf die Bedeutung dieses Standes Rücksicht nehmen. In der Vergangenheit sei beim Wiederaufbau wohl zunächst der Vorstoß zu Werke gegangen worden, doch wenn man bei diesem vorläufigen Tempo geblieben wäre, so würde es heute keine Reichsregierung geben, die fast jeden Tag populäre Beschlüsse auf sich zu nehmen habe. Man habe

Gesetze gemacht, die während der Hochkonjunktur eine finanzielle Grundlage gehabt hätten, die aber bei dem Verschwinden dieser Hochkonjunktur in sich selbst zusammengebrochen wären.

Und obwohl im Reichstag warnende Stimmen erhoben worden seien, habe man den eingeschlagenen Weg nicht verlassen, nicht nur weil sich die Politik getriebe, sondern auch ein großer Teil der öffentlichen und privaten Wirtschaft. Sonderausgaben von Arbeitswilligen seien dadurch aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden und würden jetzt der Wohlfahrtsfürsorge zur Last fallen. Im gleichen Maße mit der Rationalisierung seien deshalb auch die allgemeinen Vorkosten angelegten, wobei man nicht vergessen dürfte, daß

bei der Rationalisierung der Betriebe erwartete Gewinn oftmals gar nicht eingetreten sei. Wenn man nun heute mit Reformmaßnahmen komme, so würde aus diesem Grunde naturgemäß Tempo und Schärfe dieser Reformen bedeutend größer sein. Dabei spiele auch die Tatsache eine Rolle, daß Deutschland nicht das einzige Land der Welt wirtschaftskrisis sei, sondern daß mit einem Schlage mehr oder minder alle Völker der Welt vor den gleichen Problemen stehen würden. Dabei würden sich ihre Lösungen in der gleichen Linie bewegen, wie sie die Reichsregierung durchgeföhrt und geplant habe. Dr. Brüning verwies hierbei auf die Maßnahmen in England und Frankreichs, die wenige Monate, nachdem Deutschland seine Reformen durchgeföhrt, eingeleitet worden waren. Für Deutschland komme es nun darauf an, als erstes aller Länder seine politische und wirtschaftliche Stabilität wieder zu erobern. — Es komme darauf an,

Menschenmögliches zu leisten, um als erstes Land aus dieser Krise wieder herauszukommen.

Deshalb sei es auch erstes Erfordernis dieser Stunde, die Finanzen in Reich, Ländern und Kommunen in Ordnung zu bringen. Es sei Aufgabe, aus den Fehlern der vergangenen Jahre zu lernen.

Selbstverständlich könne Deutschland die Reparationen unter keinen Umständen auf die Dauer versagen.

Wenn man aber eine Revision wolle, dann müßte man auch den Mut haben, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, um stark zu sein. Mit Reparationen umwerfen werde man nicht die Mauern der Reparationen umwerfen. Es komme vielmehr darauf an, eine Lösung zu finden, die offen und ehrlich in jeder Beziehung sei. Wenn sich das deutsche Volk immer über seinen Zustand klar gewesen wäre und wenn alle Reparationen von der Revolution an den Mut gehabt hätten, die Bürger aufzuwecken und die ganze Frage Steuern gemacht hätte, dann brauchte man sich heute nicht darum zu streiten, wann und in welchem Tempo die Steuern gekürzt werden könnten; dann wären wir längst in geordnete wirtschaftliche Verhältnisse hineingekommen. Man habe aber die Augen zugemacht. Das treffe aber eine Partei nicht besonders. Die popu-

lären Steuerentfahrungen des Reichstages seien kein Gewinn gewesen; denn dafür hätten die Reichsteuern der Gemeinden erhöht werden müssen. Und nun komme es darauf an, nachdem die Reichsfinanzen einigermaßen in Ordnung gebracht worden wären, es gelungen sei, über die schwersten Kosten der Wiederaufbau, die Gesundung der Finanzen herbeizuföhren. Es sei

unmöglich, eine geordnete Reichs- und Länderfinanzpolitik durchzuführen, wenn in den Gemeinden immer wieder neue Fehler gemacht würden.

Deshalb sei die Annahme des Pfandgesetzes notwendig gewesen. Die ewige Steigerung der Reallohnern müßte zu einem Ende kommen; hätten doch gerade diese Steuern eine ausgesprochen preissenkender Wirkung. Nun dürfe man allerdings nicht erwarten, daß es möglich sei, dieses oder jenes Gesetz im Handumdrehen zu ändern; es komme vielmehr darauf an, einmal zu einem System der Beeinflussung unserer Wirtschaft durch unsere gesamte Gesetzgebung zu kommen. Es komme darauf an, in die Zukunft zu sehen, aber gleichzeitig auch, die Gegenwart zu berücksichtigen. Auch wenn wir heute keine Reparationen zu zahlen hätten, würden wir zu schwer eingetragenen Maßnahmen zögern müssen. Diese Maßnahmen könnten aber auf die Dauer keinen günstigen Erfolg bringen; wenn gleichzeitig die Last der Reparationen so bleibe, wie sie heute ist. In dieser Hinsicht sei es aber auch

notwendig, die Mission zu verfolgen, daß immer nur der Staat der letzte Helfer sei.

Uebergend zu der Frage einer künftigen Neuordnung der Hausinspektoren betonte Dr. Brüning, daß es

eine der Hauptaufgaben sei, alles daran zu setzen, die Verhältnisse im Baugeber in Ordnung zu bringen.

Gelingt es, jetzt im Reichstag die notwendigen Gesetze schnell zu verabschieden, dann würde auch wieder die Möglichkeit gegeben sein, Kredite zu bekommen, durch die dem Baugeber zu helfen sei. Wichtig sei es dabei, die Senkung der Baukosten voranzubringen. Es sei notwendig, und zwar bei allen Wirtschaftsprüfung, sich an die Konjunktur der gesamten Bevölkerung anzupassen. In diesem Sinne appellierte Dr. Brüning an das Handwerk, die große Tradition der Vergangenheit nicht aufzugeben.

## Alle Straßenkündgebungen in Berlin für Ostern verboten.

Berlin, 17. März.

Im Hinblick auf die blutigen Vorgänge bei dem vorjährigen Osterfesten der kommunistischen Jugend in Berlin hat der Polizeipräsident in Berlin alle Straßenkündgebungen unter freiem Himmel am 6. und 8. April, also auch das Reichstagsgebäude, für kommunistische Partei in Berlin verboten. Der kommunistischen Partei in Berlin verboten von dem Verbot nicht betroffen.

## Unfall des Königs von Schweden.

Stockholm, 17. März.

König Gustaf von Schweden, der sich zurzeit in Monte Carlo aufhält, wurde am Montag beim Tennisspiel verletzt. König Gustaf spielte zusammen mit der deutschen Turnierpieler Cilly Achem, als ein Charakter Ball ins Auge traf und die Augen gläserig schlug. Der König stürzte zu Boden, erholte sich aber bald wieder. Während das Auge selbst unversehrt blieb, erlitt der König durch die Glasplitter Verletzungen im Gesicht.

## Der Untergang des Filmschiffes „Wiking“.

St. Johns (Neufundland), 17. März.

Kapitän Rean und 117 Mann der Besatzung des durch eine Explosion zerstörten Robbenfängers „Wiking“ sind nach vielkündigem Leiden auf der Insel Isolat eingetroffen. Kapitän Rean gab der Vermutung Ausdruck, daß ungefähr 25 Personen getötet seien und erklärte, unter den Vermissten befänden sich der Filmregisseur Boris Tjiffel und drei Fotografen. Bei Tagesanbruch wurde heute, etwa fünf Meilen von der Küste entfernt, ein kleines Schiffsboot bemerkt, in dem sich sieben Mann befanden. Fünf von ihnen schienen schwer verletzt zu sein. Das Boot versuchte, die Insel zu erreichen.

## Grimme über Politik und Schule.

### Kultusdebatte im Preussischen Landtag.

Berlin, 17. März.

Der Preussische Landtag begann heute die zweite Beratung des Kultusetats. Kultusminister Dr. Grimme teilte zunächst in Beantwortung einer deutschvolksparteilichen großen Anfrage über

die Abhaltung von Reichsgründungsfeiern in den preussischen Schulen mit, daß zwar kein allgemeiner Minderheitsantrag auf solche Feiern an die Schulen ergangen sei. Aber die Schulen hätten schon aus der Flagganordnung und aus der Tatsache der Teilnahme der preussischen Minister an den Berliner Feiern entnehmen müssen, daß sie selbstverständlich in irgend einer Art dieses Tages gedenken müßten. Ueber die Zeit sei unter Lehrerschaft nun wirklich hinaus, wo sie sich an die fundenweise Abhaltung eines festen Festums gebunden halten müßte. Es stehe

aufserhalb aller Parteipolitik, daß die Reichsgründung ein bedeutendes Ereignis der deutschen Geschichte war.

Ein selbstbewußter Staat werde auch keine Sorge um seinen Bestand haben, wenn er den Kräften der Tradition und der Leistung der Vergangenheit Respekt erweist. Die Schuld an der Unfähigkeit einzelner Schulen liegen bei der Rechten, die bei jeder Gelegenheit erklärte, daß jede andere als eine Rechtsregierung hinsichtlich der nationalen Zuverlässigkeit verächtlich sei. Von einem Gegensatz zwischen Reichs- und Preussenregierung in dieser Frage könne gar keine Rede sein.

Zur deutschnationalen großen Anfrage über die politische Betätigung der Schüler erklärte der Minister, seiner politischen Richtung werde es gelingen, die Politik aus der Schule herauszuverdrängen. Die Politik habe in der Schule überall da ein Daseinsrecht, wo sie zum Mittel der politischen Urteilsbildung benutzt werde, nicht aber zur politischen Beeinflussung. Hierbei komme alles auf den Takt des Lehrers an. Er habe zu dem Zweck der früheren Minister Boelli, wonach der Lehrer die Schüler mit den Schülern so besprechen soll, daß er sie von verschiedenen Seiten unparteiisch vorführt und die Schüler mit allen beachtlichen Antworten und Lösungen bekannt macht, nicht nur mit seinem eigenen Werturteil. Eine so ergogene Jugend würde es nicht mehr als Verstoß am Fremden empfinden, wenn die Schule

\_\_\_\_\_

**Sie werden 3 mitnehmen wollen...**

wenn Sie Ihren Frühjahrmantel bei uns kaufen. Einer ist immer schöner und billiger als der andere. Nehmen Sie den, der Sie am besten kleidet. — Wir helfen Ihnen beim Aussuchen.

Melierte Fresko-Mäntel 29.—  
Tweed-Georgette-Mäntel 24.50  
Neuartige Englisch-Mäntel 19.50  
Trenchcoat- und andere Wetter-Mäntel 14.50

Aperte Wollgeorgette-Mäntel, ab ofform. 36.—  
Georgette-Mäntel m. Sommerpelzen 39.—  
Feine fleur-de-laine-Mäntel 45.—  
Gabardine- und echt englische Mäntel 59.—  
59.— 49.— 45.— 39.— 36.—

Modellartige Mäntel aus feinen Georgette-Stoffen, viele neue Formen  
Modellartige Mäntel für alle, auch die weitesten Größen  
Complet-Mäntel aus elegantem Crêpe romain 98.—  
89.— 69.— 49.—

Zu jedem Frühjahrmantel der passende Handschuh

**LEYENS & LEVENBACH A.-G. WESEL**

**Das Jahresseelenamt**  
für die verstorbene  
**Wwe. Anton Büß**  
findet statt am Donnerstag morgen 1/8  
Uhr in der St. Georgskirche, wozu frdl.  
eingeladen wird. [419g]

**Bekanntmachung**  
Auf Grund der Polizeiverordnung über  
Bullenführung vom 30. Oktober 1922 und  
über Eberführung vom 30. Juli 1929 werden  
für die diesjährige Bullen- und Eberführung  
im Kreise Borken folgende Zeiten festgesetzt:

Dienstag, den 31. März 1931.  
vormittags 8.15 Uhr in Lardingholt  
(an der alten Schule);  
vormittags 8.45 Uhr in Lieder  
(an der Schule);  
vormittags 9.00 Uhr in Werth  
(Wirtschaft Weid);  
vormittags 9.30 Uhr in Anholt  
(Wirtschaft Hühner);  
vormittags 10.30 Uhr in Suderwid  
(Wirtschaft Tangelber);  
vormittags 10.45 Uhr in Sport  
(Wirtschaft Geuting);  
vormittags 11.00 Uhr in Goldwid  
(Wirtschaft Quatter);  
vormittags 11.30 Uhr in Sieren  
(bei Eisinghorst);  
vormittags 12.00 Uhr in Bario  
(Wirtschaft Biffing);  
nachmittags 1.30 Uhr in Muffum  
(an der Mühle);  
nachmittags 2.00 Uhr in Dingden  
(Wirtschaft Ritters);  
nachmittags 2.30 Uhr in Dingden  
(Wirtschaft Ritters);  
nachmittags 2.45 Uhr in Bockolt  
(Wirtschaft Telake);  
nachmittags 3.30 Uhr in Kresching  
(Wirtschaft Sack);  
nachmittags 4.00 Uhr in Crommert  
(an der Schule);  
nachmittags 4.30 Uhr in Riedebüll  
(Wirtschaft Hühner);  
nachmittags 5.00 Uhr in Riedebüll  
(bei Klein-Debing);  
nachmittags 5.30 Uhr in Gemeinwithe  
(Wirtschaft Ebbing-  
Müllentrop);  
nachmittags 6.00 Uhr in Borkenwithe  
(bei Beder at. Schwitte).

Mittwoch, den 1. April 1931.  
vormittags 9.30 Uhr in Borken  
(Wirtschaft Hühner);  
vormittags 9.45 Uhr in Marbeck  
(Wirtschaft Hühner);  
vormittags 10.15 Uhr in Raesfeld  
(Wirtschaft Tiesler);  
vormittags 11.00 Uhr in Gemeinwithe  
(Wirtschaft Schweers);  
vormittags 11.15 Uhr in Welle  
(Wirtschaft Rünenberg);  
nachmittags 1.15 Uhr in Hölthausen  
(Wirtschaft Schütte);  
nachmittags 1.45 Uhr in Nordvellen  
(bei Polthoff);  
nachmittags 2.15 Uhr in Welen  
(Wirtschaft Ribbetamp);  
nachmittags 3.00 Uhr in Kamsdorf  
(Wirtschaft Lachnit);  
nachmittags 3.30 Uhr in Gemeinwithe  
(bei Große-Hemmel);  
nachmittags 4.15 Uhr in Eiden  
(Wirtschaft Dienberg);  
nachmittags 5.00 Uhr in Groh-Reten  
(Wirtschaft Schmelting);  
nachmittags 5.30 Uhr in Keten (Babstorf)  
(Wirtschaft Bögten).

Die Vorführung der Tiere erfolgt unter  
eigener Verantwortung der Eigentümer.  
Eine Haftpflicht für Beschädigung, Ent-  
führung, Eingehen oder Abhandeln der  
Tiere wird von der Landwirtschaftskammer  
und von dem Kreise nicht übernommen.

**A. Besondere Bestimmungen für die  
Bullenführung.**  
Die Gebühr für Anführung eines Bullen  
beträgt 5.— RM.  
Von der Landwirtschaftskammer, dem  
Kreise und der Kreisverwaltung Herd-  
buchführung sind insgesamt  
etwa 500.— RM. für die Prämierung  
der besten Bullen  
bereitgestellt, sofern sie in Westfalen gezogen  
und deren Eltern in ein westfälisches Herd-  
buch eingetragen sind. An die Vergütung der  
Prämien ist weiter die Bedingung ge-  
knüpft, dass die Tiere mindestens 1 Jahr  
zur Zucht benutzt und zum Decken fremder  
Rühe und Kinder zur Verfügung gestellt  
werden. Herdbuch Bullen und Bullen, die  
später ins Herdbuch eingetragen werden  
sollen, kommen für die Prämierung nicht  
in Frage. (1486)  
Schwarzbunte Bullen dürfen nur dann  
geführt werden, wenn eine Bescheinigung des  
Landrates beigebracht wird, dass in einem  
geschlossenen Bezirk mindestens 100 bestfä-  
hige Schwarzbunte Rühe und Kinder vorhanden  
sind.

**Serien-  
preise!**

75 50 25

**Ein glücklicher Wurf**  
ist die Angliederung meiner neuen Abteilung für  
Serienpreise, die jetzt eröffnet wurde.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die allgemein herr-  
schende geringe Kaufkraft ungewöhnlich vorteilhafte  
Warenangebote verlangt, entstand diese neue Abteilung.  
Sie weist eine Fülle praktischer Artikel auf in den Preis-  
gruppen von 25, 50, 75 Pfg. und 1.- Mk., die sich gleich  
gut für Geschenkzwecke wie für den Selbstgebrauch  
eignen. Wie Sie gewohnt sind, bei mir stets den Artikel  
vorzufinden, den Sie wirklich gebrauchen können, so  
bringe ich auch mit der Abteilung Serienpreise Ange-  
bote heraus, die Sie nicht enttäuschen werden.

Wie ich das möglich mache! Durch den gemeinsamen  
Einkauf mit mehreren Hundert führenden Geschäften  
Deutschlands!

Bitte, beachten Sie meine Spezialabteilung „Serienpreise“

**G. Elsinghorst, Ravardl-  
Abteilung: Haus- und Küchengeräte**

Entsprechend dem Sinne des § 1 der  
Polizeiverordnung über die Bullenführung  
werden nur Bullen mit nachgewiesener  
Herdbuchabstammung geführt.

**B. Besondere Bestimmungen für die  
Eberführung.**

Die Gebühr für die Anführung eines  
Ebers beträgt 3.— RM.  
Für die Prämierung der besten Eber  
finden vom Kreise und dem Kreisverband  
Schweinezüchterverein — 200.— RM. — zur  
Verfügung gestellt.  
Die ausführenden Eber müssen 8 Monate  
alt sein und nachweislich dem Jungstopp des  
veredelten deutschen Landesschweines an-  
gehören. Der Nachweis ist durch Vorlage eines  
Abstammungsscheines zu führen. Die  
Ohren des Tieres sind vorher so zu reinigen,  
daß die Nummer bei der Rörung deutlich  
lesbar ist.

Mittwoch, den 6. März 1931.  
Der Vorsitzende der Kreiskommissionen:  
gez. Lange, Landwirtschaftsrat.

**RHEDE  
Bekanntmachung**

Auf die am Amtshaus und an den Woh-  
nungen der Herren Gemeindevorsteher zum  
Ausgang gebrachte Bekanntmachung über  
Bullen- und Eberführung wird hierdurch hin-  
gewiesen. [1512g]

Rhede, den 12. März 1931.  
Der Bürgermeister: Dörner.

**Zwangsversteigerung**

Am Mittwoch, dem 18. März 1931,  
nachm. 2 Uhr, werde ich in der Wirtschaft  
Reiditz, Nordst.,

1 Bücherschrank, 2 Schreibtische,  
1 Chaiselongue, 1 Kleiderständer,  
1 Bett, 2 Wandschränke,  
5 Bodenregale, 4 Hefen, 1 Al-  
vier, 1 Posten Herren-, Damen-,  
Kinder- und Mädchenstühle

Öffentlich meistbietend gegen Bargzahlung  
versteigern. [1508g]

Bothe,  
Obergerichtsschlichter

Ein oder zwei schöne  
Zimmer  
in besser Lage, an  
einen Preis zu  
vermieten.

Rüders in der Ge-  
schäftsstelle ds. St.  
im Haushalt. (414)  
Rüders in der Ge-  
schäftsstelle ds. St.

**Denken Sie daran**  
am 19. ist **Josef.**

Schöne und preiswerte  
Namenstagsgeschenke  
finden Sie bei [1510g]

**Temming & Heilborn.**

**Versteigerung**

der Restbestände des Waren-  
lagers

**Warenhaus A. Weyl**

ab Donnerstag nachm. 2 1/2 Uhr,  
ab Freitag 9 1/2 Uhr vorm.  
und nachm. 2 1/2 Uhr,  
ab Samstag nachm. 2 1/2 Uhr.

Große Posten  
**Berufskleidung  
und Konfektion.**

**Hermann Rogge,  
Versteigerer.**

**Jobrosa-  
Entfettungssalz**

entfernt und verhindert übermäßigen  
Fettansatz, schafft reines Blut, regu-  
liert den Darm und macht frisch und  
gesund. Preis 1.25

Alleinverkauf: **Drogerie Maass**  
Osterstr. 22. Ruf 3328.

**Etage oder Einfamilienhaus**  
möglichst mit Garten, per bald oder später  
zu mieten gesucht. Angaben über Zimmer-  
anzahl und Preis erbeten. [421g]

Offerten unter Nr. 421 an die Geschäfts-  
stelle ds. Blattes.

**Wir plätten**  
wie neu für nur 30 Pfg. d. St.  
Gardinen, Stores usw. bei  
schonendster Behandlung.  
Lieferung frei Haus. [1260g]

**Blomesath's Heilmangel-Betrieb**  
Jerdorferstr. 5. Ruf durch 2556.

**Wulski's Holz**

**Fussboden  
Glasuren**  
Feinste Lackfarbe  
Dauerhaft

Recht das Aussehen  
des ganzen Zimmers

1 kg-Dose 1.95, 1/2 kg 1.05, 1/4 kg 0.55

Erhältlich: **Drogerie Maass**  
Osterstr. 22. Ruf 3328.

**Homöopathie :: Naturheilverfahren**  
Behandlung innerer und äußerer Krankheiten.  
Langjährige Praxis.

**J. H. Ahland**  
Bockstr. 1, Kalkbühlstr. 5. [586g]

Sprechst. Jeden Freitag von 9-7 Uhr  
Die Hausbesuche wolle man bitte vormittags  
mündlich oder schriftlich anmelden.

**Stube oder Einfamilienhaus**  
möglichst mit Garten, per bald oder später  
zu mieten gesucht. Angaben über Zimmer-  
anzahl und Preis erbeten. [421g]

Offerten unter Nr. 421 an die Geschäfts-  
stelle ds. Blattes.

**Handtasche**  
von der neuen Lo-  
wider Chaussee bis  
zum Schloßhof  
verloren.

Gegen Belohnung  
abzugeben in der Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

**Geschäftsmann sucht**

**6-8000 Mk.**  
von Selbstgeber, ge-  
annehmbare Zinsen.  
Sicherheit vorhanden  
Offerten erbeten un-  
ter Nr. 418 an die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

**Diurtopp**  
verchromt  
mit Ringlager,  
schweren Sattel.  
Für erste Verletzung.  
Ein besseres Fahrrad  
gibt es nicht.

Seiner. Kasse,  
Koblenzstr.

**Motorrad**  
neuer, gegen Kasse  
zu kaufen gesucht.  
Angebote mit Preis-  
angabe erbeten un-  
ter Nr. 1502 an die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

Ein [420b]

**4 Zimmer-  
wohnung**  
im Mittelpunkt der  
Stadt, an ruhigen  
Mietern zu vermieten.  
Preis 40 Mk. [416b]

Wo? ist zu erfr. in  
d. Geschäftsst. ds. Bl.

**2 Zimmer**  
entf. möbliert, an  
besseren Herrn oder  
Dame zum 1. April  
oder später zu ver-  
mieten. [1511b]

Carl. Cortum,  
Königsstr. 6.

**Lehrling**  
gesucht. [1507g]

Selbstgelebene  
Angebote unter Nr.  
1507 an die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

**Salbstagsstellen**  
gesucht. [1503g]

Kath. Mädchen-  
Beruf, [1503g]

Offert. 40 — Solpiz.

**Schwein**  
in 8 Tagen austrag.  
hat zu verkaufen  
H. Weimann,  
Altstraße 23.

Ein 2jähriger schwar-  
zer [420b]

**Ballad**  
zu verkaufen.  
Rüders in der Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

Offerten erbeten un-  
ter Nr. 413 an die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

**Mädchen**  
27 Jahre, welches  
schon mehrere Jahre  
einen Haushalt selb-  
ständig geführt hat,  
sucht Stellung in  
einem ruhigen bür-  
gerlichen Haushalt,  
zum 1. od. 15. Mai.

Offerten erbeten un-  
ter Nr. 413 an die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

**Dreihu**  
der hinter  
Verammlu-  
gelungen i-  
hindurch a-  
warten m-  
Arbeitslo-  
eine Willk-  
Das stinn-  
Aufzucht g-  
Ginöckel a-  
von der M-  
Honen W-  
Millionen  
hungen.  
Leben geb-  
weiter, un-  
jenigen, die  
fieren, fid-  
Erfolg, auf  
ist die Kul-  
wünschens-  
abend fest-  
Deutsch-  
schen An-  
find. Es  
es irgendw-  
stößen läm-  
schwer bew-  
schicken ob-  
unter 60 J-  
bender Pro-

**Unter-  
Augen**  
getan, al-  
zu bestre-  
Gutes i-  
dies alle-  
Grafen S-  
Bundes-  
lige Ver-  
ihrer Ver-  
vorkomm-  
dem Frei-  
umangene-  
kommen i-  
sie als ge-  
tritt, im-  
men zu  
deutsch-  
Rektor, de-  
Janu (d-  
Man ten-  
Reichstag  
wenn man  
achten als  
nehmen p-  
Und so far-  
der Frakt-  
abweicht,  
schlecht un-  
Zanuschau  
und über-  
Dienstag  
Loren  
Landwirt-  
daß sein  
schau i-  
Reichst-  
der best-  
Land n-

**Unter-  
Augen**  
getan, al-  
zu bestre-  
Gutes i-  
dies alle-  
Grafen S-  
Bundes-  
lige Ver-  
ihrer Ver-  
vorkomm-  
dem Frei-  
umangene-  
kommen i-  
sie als ge-  
tritt, im-  
men zu  
deutsch-  
Rektor, de-  
Janu (d-  
Man ten-  
Reichstag  
wenn man  
achten als  
nehmen p-  
Und so far-  
der Frakt-  
abweicht,  
schlecht un-  
Zanuschau  
und über-  
Dienstag  
Loren  
Landwirt-  
daß sein  
schau i-  
Reichst-  
der best-  
Land n-

**Unter-  
Augen**  
getan, al-  
zu bestre-  
Gutes i-  
dies alle-  
Grafen S-  
Bundes-  
lige Ver-  
ihrer Ver-  
vorkomm-  
dem Frei-  
umangene-  
kommen i-  
sie als ge-  
tritt, im-  
men zu  
deutsch-  
Rektor, de-  
Janu (d-  
Man ten-  
Reichstag  
wenn man  
achten als  
nehmen p-  
Und so far-  
der Frakt-  
abweicht,  
schlecht un-  
Zanuschau  
und über-  
Dienstag  
Loren  
Landwirt-  
daß sein  
schau i-  
Reichst-  
der best-  
Land n-

**Unter-  
Augen**  
getan, al-  
zu bestre-  
Gutes i-  
dies alle-  
Grafen S-  
Bundes-  
lige Ver-  
ihrer Ver-  
vorkomm-  
dem Frei-  
umangene-  
kommen i-  
sie als ge-  
tritt, im-  
men zu  
deutsch-  
Rektor, de-  
Janu (d-  
Man ten-  
Reichstag  
wenn man  
achten als  
nehmen p-  
Und so far-  
der Frakt-  
abweicht,  
schlecht un-  
Zanuschau  
und über-  
Dienstag  
Loren  
Landwirt-  
daß sein  
schau i-  
Reichst-  
der best-  
Land n-

**Unter-  
Augen**  
getan, al-  
zu bestre-  
Gutes i-  
dies alle-  
Grafen S-  
Bundes-  
lige Ver-  
ihrer Ver-  
vorkomm-  
dem Frei-  
umangene-  
kommen i-  
sie als ge-  
tritt, im-  
men zu  
deutsch-  
Rektor, de-  
Janu (d-  
Man ten-  
Reichstag  
wenn man  
achten als  
nehmen p-  
Und so far-  
der Frakt-  
abweicht,  
schlecht un-  
Zanuschau  
und über-  
Dienstag  
Loren  
Landwirt-  
daß sein  
schau i-  
Reichst-  
der best-  
Land n-